

© Gero Neugebauer

## Die PDS im Reformschwung?

Parteikrisen als ein altes Thema der Parteienforschung (von Beyme 2000: 11), markiert u. a. durch Wertewandel, abnehmende Parteibindungen und steigende Volatilität, Mitgliederverluste, Elitenprobleme oder neue Kommunikationsstrukturen (von Alemann 2000: 133 ff.), bieten etliche Möglichkeiten für Reformbegründungen sowie -strategien an, die aus der Politik und aus den Sozialwissenschaften unterbreitet werden (Reichart-Dreyer 1997). Das betrifft erst recht Novizen im System wie die PDS, die einen Transformationsprozess von einer monopolistisch regierenden Kaderpartei zu einer Mitgliederpartei in einem vom Parteienwettbewerb geprägten Parteiensystem durchlaufen und dabei Organisation, Programm und Politik diesem Wandel anpassen und zugleich den Zusammenhalt der Mitgliederschaft ebenso sichern müssen wie die Professionalisierung der politischen wie der Organisationsarbeit.

## Die Ausgangslage der PDS

Die PDS ist das Resultat des Scheiterns einer grundständigen Reform der SED; sie ist - wenngleich die Intention bestand - keine reformierte SED. Sie begann aus dieser heraus ihren Aufbau- bzw. Konsolidierungsprozess mit neuen Führungseliten und Ankündigungen programmatischer Neuorientierungen sowie der Auflösung der formalen Strukturen der SED. Erhalten blieben regionale Eliten und andere Mitgliederkontinuitäten, informelle Strukturen, Vermögen sowie traditionelle Wertorientierungen und ideologische Deutungsmuster. Für die Beurteilung der PDS-Reformen empfiehlt sich das "Loreley-Syndrom": Halb zieht es sie, halb sinkt sie hin. Die 1989/90 beginnende Anpassung an neue politische und Systembedingungen ergab noch kein Reformprogramm. Die Partei folgte - nach anfänglicher Verunsicherung und unterstützt durch sie begünstigende Umstände - der für Neuankömmlinge im Parteiensystem wichtigen Regel, dass sie versuchen müssen, ihren Erfolg dadurch zu sichern, dass sie ein politisches Projekt vertreten, in dem für Teile der Wählerschaft wichtige Probleme aufgegriffen werden, dass sie über ausreichende Ressourcen (Mitglieder, Finanzen, Organisation und Führung sowie Aufmerksamkeit seitens der Medien) verfügen und günstige Gelegenheiten gegenüber den Konkurrenten im Parteienwettbewerb wie im institutionellen, sozio-ökonomischen und kulturellen Umfeld finden (Lucardie 2000: 175). Gemessen an den von Klaus von Beyme entwickelten Kriterien (von Beyme 1997) scheint die Konsolidierung als wichtigstes Reformziel gelungen.

## Minimum an Extremismus.

Die PDS ist keine extremistische Partei: sie ruft zum Gewaltverzicht auf<sup>1</sup> und propagiert friedliche Konfliktlösungsstrategien; eine gewisse verbale Militanz in randständigen Parteikreisen bestimmt nicht die Parteipolitik.

### Klare Cleavage-Struktur

Die PDS basiert auf dem Ost-West-Gegensatz in Deutschland, nicht auf dem für eine linke Partei konstituierendem Kapital-Arbeit-Konflikt. Den stilisierte sie 1990 als Vertreterin der DDR-Interessen ("DDR-Errungenschaften gegen kapitalistische Bundesrepublik") in den Wahlkämpfen, bis sie sich als Vertreterin von Ostinteressen in einer Lücke im Repräsentationssystem platzierte.

### Trennung von territorialer und funktionaler Interessenrepräsentation.

Die Umbrüche im intermediären System der alten DDR vor der Volkskammerwahl im März 1990 entzogen der PDS die Unterstützung durch Massenorganisationen wie die Gewerkschaften. Die PDS förderte 1990 und danach die Gründung von subkulturellen und anderen Organisationen, die sie bei Wahlen und Mobilisierungskampagnen (Mieten, Sozial- und/oder Arbeitsmarktpolitik) aktiviert; es sind meistens lokale und regionale Organisationen mit beschränktem Aktionsradius. Die Beziehungen zu den Gewerkschaften sind erst schwach entwickelt. Mit Ausnahme der Konfessionslosen kann die PDS keinen Vorsprung vor anderen Parteien bei der Repräsentation sozialer Gruppen vorweisen.

### Rückgang des Faktionalismus

Als "PDS e.V." bezeichnete Lothar Bisky 1996 die Partei. Die Gründe (u. a. ideologischen Differenzen mit organisatorischen Verfestigungen, Autonomie der Landesverbände, Kontroverse über die Westausdehnung, Fragen der Bündnispolitik), euphemistisch als Ausdruck des Pluralismus in der Partei bezeichnet, ließen manche eine Parteispaltung befürchten. Die Lage ist weiterhin nicht durch Einigkeit, sondern Zwietracht bei fortschreitender Resignation opponierender Gruppierungen und Personen gegenüber den einen - mit unterschiedlichen Erfolgen - pragmatischen Kooperationskurs praktizierenden Parteiliten gekennzeichnet.

### Wählerfluktuation (Volatilität)

Erst bei der Bundestagswahl 1998 haben die Stimmenverschiebungen innerhalb des Elektorats die PDS über die Sperrklausel von fünf Prozent gehoben. Nach Erfolgen in drei Bundestagswahlen, wenn auch 1990 auf Grund einer spezifischen Wahlregelung und 1994

---

<sup>1</sup> Bisläng ist die PDS in keinem Verfassungsschutzbericht mit gewalttätigen Aktionen erwähnt worden.

durch den Gewinn von vier Direktmandaten, kann sie als im System etabliert gelten. Seit 1990 ist sie ununterbrochen in allen ostdeutschen Landtagen vertreten. Dennoch kann sie auf der nationalen Ebene immer noch bereits von geringen Verlusten nachteilig betroffen werden.

### Koalitionsbildung.

Eine Partei gilt als konsolidiert, wenn sie in einem funktionierenden Wettbewerbssystem als Koalitionspartnerin akzeptiert wird. Die PDS hat das 1998 erstmals auf der Länderebene in Ostdeutschland erreicht, weshalb ihre Konsolidierung im ostdeutschen Teilsystem fortgeschrittener ist als auf der nationalen Ebene.

Hat die PDS noch Reformbedarf?

Wenig, möchte man auf den ersten Blick meinen: Ihre soziale Verankerung und Organisation in den ostdeutschen Ländern ist (noch) besser als die der Konkurrenten. Da die innerdeutsche Konfliktlage, in der die PDS sich als Vertreterin spezifisch ostdeutscher sozialer, ökonomischer und kultureller Interessen präsentiert, noch andauert, gilt ihre Existenz als ungefährdet, auch weil ihre Performance auf der ostdeutschen regionalen Politikebene beachtlich ist (Pollach/Wischermann/Zeuner 2000).

Der zweite Blick zeigt Mängel hinsichtlich der beiden wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiches Wirken, eine aktionsfähige Organisation und Wahlerfolge, auf: Der Zusammenhalt der Partei ist weiter gefährdet, die Aktionsfähigkeit nicht gesichert und die Kommunikation zwischen Partei und gesellschaftlicher Umwelt gestört. Dazu trägt die Art der Programmdiskussion erheblich bei. Das sowie die Akzeptanz einer innerparteilichen Opposition mit einem anderen Gesellschaftskonzept prägen das Bild der Partei in der Öffentlichkeit mehr als ihre Politikleistungen. Dazu kommen Organisationsschwächen: Verlust von Mitgliedern, Abbau und Ausdünnung von Organisationsstrukturen, erfolgssame Rekrutierungsprozesse, Mängel innerparteilicher Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse sowie Ressourcenmangel. Das ergibt genug Reformbedarf, der auch durch praktische Politikerfordernisse signalisiert wird: Fehlende Präsenz in wichtigen Politikfeldern, mangelhafte Akzeptanz und Wirksamkeit von Entscheidungen oder notwendiger Aufbau von Kooperationen.

Unbestritten ist langfristig die Existenz der Partei organisatorisch nur gesamtdeutsch zu sichern. An der Strategie dafür wird seit Jahren gearbeitet. Solange neben dem ideologisch-kulturellen Ost-West-Problem das der sozialen Fundierung der westdeutschen Parteiorganisation nicht gelöst ist, wird der nachhaltige Erfolg ausbleiben. Er erfordert zudem einen Einbruch in die Segmente der westdeutschen (Teil-)Gesellschaft, in denen eine Zustimmung zu PDS-Positionen - und Wählerstimmen - vorfindbar sein könnte.

Seit dem Frühjahr 2001 versucht die neue Führung weitere Voraussetzungen für die Politikfähigkeit der PDS zu erreichen. Historische Belastungen sollen abgebaut und durch eine neue Programminitiative orthodoxe Positionen der Gesellschafts- und Politikanalyse delegitimiert und bestenfalls nur als für die praktische Politik irrelevante Erinnerungsposten erhalten bleiben. Das birgt eine immanente Gefahr: Die PDS will als moderne sozialistische Partei dem gegenwärtigen kapitalistischen System kritisch und tendenziell ablehnend gegenüberstehen und gleichzeitig Zustimmung für ihre Politik in der Gesellschaft und Akzeptanz als Kooperationspartner im Parteiensystem finden. Diese Strategie versucht die Interessenposition "Ostpartei" mit der ideologischen Position "Sozialismus" zu vereinen, ohne dabei alte wie neue Sympathisanten im Wahlvolk zu verprellen. Das Dilemma der gegenwärtigen Führung offenbart sich beim Blick auf die Wahlergebnisse der PDS. Der zeigt, dass zwar die Wählerresonanz gestiegen, auf der nationalen Ebene aber Stagnation auf geringem Niveau zu verzeichnen ist. Der Ausweg soll im Gang in die Lücke gefunden werden, die durch den Gang der SPD in die Mitte der Gesellschaft im Elektorat entstanden ist oder entstehen könnte. Mit dieser Orientierung, die die Übernahme sozialdemokratischer Themen einschließt, erweist sie sich als pragmatisch orientierte Oppositionspartei auf dem Weg zu einer flexiblen Funktionspartei, die nur eine Option hat: die Kooperation mit der SPD. Loreley lässt grüßen.

## Literaturliste

Reichart-Dreyer, Ingrid, Parteireform, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), 1997, Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn, S. 338-356. (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 338)

Alemann, Ulrich von, 2000, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

Beyme, Klaus von, 2000, Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionellen Wählerparteien. Wiesbaden.

ders., 1997, Parteien im Prozess der demokratischen Konsolidierung, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider (Hrsg.), Systemwechsel 3. Parteien im Transformationsprozess, Opladen, S. 23-56.

Lucardie, Paul, 2000, Prophets, Purifiers and Prolocutors. Towards a theory on the Emergence of New Parties, in: Party Politics, Vol. 6, No.2, S. 175-185.